



Kanton Zürich
Baudirektion



Verfügung

Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
Abfallwirtschaft und Betriebe

Nr. 0 5 9 7

vom 0 5. Nov. 2018

Kontakt: Dominik Oetiker, Vollzug, Grundlagen, Beratung, Weinbergstrasse 34, 8090 Zürich
Telefon +41 43 259 32 49, dominik.oetiker@bd.zh.ch, www.awel.zh.ch

1/3

Genehmigung Abfallverordnung Gemeinde Dietlikon

Betroffen Gemeinde Dietlikon

Massgebende Unterlagen

- Beschluss Gemeindeversammlung vom 27. September 2018. Genehmigung Kehrichtverordnung
- Kehrichtverordnung vom 27. September 2018

Sachverhalt

Mit Beschluss vom 27. September 2018 hat die Gemeindeversammlung der Gemeinde Dietlikon die Kehrichtverordnung festgesetzt. Aufgrund der Prüfung kann die Kehrichtverordnung vom Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) genehmigt werden.

Hinweis

In Artikel 13 Abs. 5 der Kehrichtverordnung wird mit einer Kann-Formulierung die Möglichkeit geschaffen, bei Betrieben der Unterwegsverpflegung eine erhöhte Grundgebühr zu erheben. Wir weisen die Gemeinde Dietlikon darauf hin, dass sich zu dieser Frage das Bundesgericht geäussert hat (vgl. BGE 138 II 111 (Stadt Bern) vom 21. Februar 2012). Das Bundesgericht hält in seinem Entscheid fest, dass es dem Verursacherprinzip widerspricht, Liegenschaftseigentümer grundsätzlich mit einer besonderen oder höheren Abfall-Grundgebühr für die Entsorgung von Abfällen im öffentlichen Raum zu belasten. Die Kosten für die Entsorgung von Siedlungsabfällen im öffentlichen Raum können aber Betrieben nach sachlich haltbaren Kriterien mittels einer Kausalabgabe anteilmässig auferlegt werden, wenn nachvollziehbar dargelegt werden kann, dass diese Betriebe in besonderer Weise zur Entstehung des im öffentlichen Raum beseitigten Abfalls beitragen. Wir empfehlen der Gemeinde bei der Anwendung der erhöhten Grundgebühr das Bundesgerichtsurteil zu berücksichtigen.

Gemeindeverwaltung Dietlikon	
<input type="checkbox"/> zum Bericht und Antrag an bis	<input type="checkbox"/> zur Erledigung / Prüfung an bis
E 0 6. Nov. 2018 <i>[Signature]</i>	
<input checked="" type="checkbox"/> Zirkulation Gemeinderat <input type="checkbox"/> zu den Akten <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> Kopie an <i>[Signature]</i> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

**Das AWEL verfügt:**

I. Die mit Beschluss vom 27. September 2018 von der Gemeindeversammlung festgesetzte Kehrrichtverordnung wird genehmigt.

Gebühren

II. Für diese Verfügung werden die nachfolgenden Gebühren festgesetzt und mit separater Rechnung erhoben. Rechnungsadresse: Gemeinde Dietlikon, Bahnhofstrasse. 60, Postfach 182, 8305 Dietlikon (Einschreiben)

- Staatsgebühr:	Fr.	328.00	(Konto 104 181/85121.61.007)
- Ausfertigungsgebühr:	Fr.	<u>72.00</u>	(Konto 104 181/85121.61.007)
- Total	Fr.	400.00	

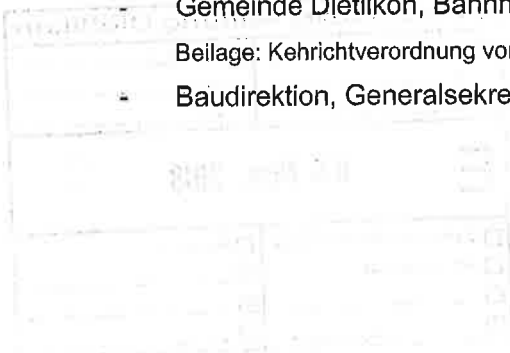
Rechtsmittel

III. Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, beim Baurekursgericht des Kantons Zürich, Postfach, 8090 Zürich, schriftlich Rekurs erhoben werden. Die in dreifacher Ausführung einzureichende Rekurschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Die angefochtene Verfügung ist beizulegen. Die angeforderten Beweismittel sind genau zu bezeichnen und, soweit möglich, beizulegen. Materielle und formelle Urteile des Baurekursgerichts sind kostenpflichtig; die Kosten hat die im Verfahren unterliegende Partei zu tragen.

Mitteilung an

IV.

Gemeinde Dietlikon, Bahnhofstrasse. 60, Postfach 182, 8305 Dietlikon (Einschreiben)
Beilage: Kehrrichtverordnung vom 27. September 2018 (mit Genehmigungsstempel)
Baudirektion, Generalsekretariat, Finanzen + Controlling





Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft
Abteilung Abfallwirtschaft und Betriebe

Im Auftrag des Abteilungsleiters:

Dr. Elmar Kuhn, Sektionsleiter

Versand:

05. Nov. 2018

Antrag zuhanden Gemeindeversammlung (Entwurf vom 19.01.2018)
vom 27.09.2018

Kehrrichtverordnung der politischen Gemeinde Dietlikon vom ****.**.***

(gültig ab 01.01.2019)

**Genehmigt mit
Verfügung der Baudirektion
Nr. **0597** vom
05. Nov. 2018**

Inhalt

A. Allgemeines	1
Artikel 1 Geltungsbereich, Zweck, Adressaten.....	1
Artikel 2 Definitionen.....	1
Artikel 3 Grundsätze.....	2
Artikel 4 Ausführungsbestimmungen.....	2
Artikel 5 Vollzug und Erlass von Verfügungen.....	2
Artikel 6 Information.....	2
B. Organisation und Verhaltenspflichten	3
Artikel 7 Aufgaben der Gemeinde.....	3
Artikel 8 Sammlungen.....	3
Artikel 9 Pflichten der Personen, die Abfall verursachen oder innehaben.....	3
Artikel 10 Unterflurcontainer.....	5
C. Gebühren	5
Artikel 11 Kostendeckungs- und Verursacherprinzip.....	5
Artikel 12 Volumen- bzw. gewichtsabhängige Gebühren.....	5
Artikel 13 Grundgebühr.....	5
Artikel 14 Gebührenreglement.....	6
Artikel 15 Gebührenerhebung.....	6
D. Kontrolle, Straf- und Schlussbestimmungen	6
Artikel 16 Kontrolle.....	6
Artikel 17 Strafbestimmungen.....	6
Artikel 18 Schlussbestimmungen.....	7
E. Genehmigungen	7
F. Inkraftsetzung	7

Genehmigt mit
Verfügung der Bauabteilung
Nr. 1000/2008

Kehrrichtverordnung

vom **.**.**.****

Gestützt auf § 35 des kantonalen Abfallgesetzes (AbfG) vom 25. September 1994 und auf Art. 17 der Gemeindeordnung vom 22. September 2013 wird folgende Kehrrichtverordnung erlassen:

A. Allgemeines

Artikel 1 Geltungsbereich, Zweck, Adressaten

- ¹ Diese Verordnung regelt die kommunale Abfallwirtschaft im Bereich der Siedlungsabfälle nach Art. 3 Bst. a der Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen.
- ² Sie gilt auf dem ganzen Gemeindegebiet. Der Gemeinderat kann in begründeten Fällen für bestimmte Ortsteile, Gebiete oder Liegenschaften abweichende Regelungen erlassen.
- ³ Die Verordnung richtet sich an Personen, die Abfälle verursachen oder innehaben, sowie an die Gemeindeverwaltung.

Artikel 2 Definitionen

- ¹ **Siedlungsabfälle** sind die aus Haushalten stammenden Abfälle sowie Abfälle aus Unternehmen mit weniger als 250 Vollzeitstellen, deren Zusammensetzung betreffend Inhaltsstoffe und Mengenverhältnisse mit Abfällen aus Haushalten vergleichbar sind. Siedlungsabfälle lassen sich in folgende Kategorien unterteilen:

Kehrricht	brennbare, nicht wieder verwertbare Siedlungsabfälle.
Sperrgut	Kehrricht, der wegen seiner Abmessungen oder seines Gewichts nicht in zulässige Gebinde passt.
Separatabfälle	Siedlungsabfälle, die separat gesammelt werden (durch Separatabfuhr, in Sammelstellen oder über den Handel) und ganz oder teilweise der Wiederverwendung, der Verwertung oder einer besonderen Behandlung zugeführt werden.
Biogene Abfälle	Abfälle pflanzlicher, tierischer oder mikrobieller Herkunft.

- ² **Betriebsabfälle** sind die aus Unternehmen (Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben sowie Land- und Forstwirtschaft) stammenden Abfälle, die hinsichtlich der Zusammensetzung nicht den Siedlungsabfällen entsprechen und keine Sonderabfälle darstellen. Betriebsabfälle sind keine Siedlungsabfälle.
- ³ **Bauabfälle** sind Abfälle, die bei Neubau-, Umbau- oder Rückbauarbeiten von ortsfesten Anlagen anfallen. Bauabfälle sind keine Siedlungsabfälle.
- ⁴ **Sonderabfälle** sind Abfälle, die im Abfallverzeichnis, das nach Artikel 2 der Verordnung vom 22. Juni 2005 über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) erlassen wurde, als Sonderabfälle bezeichnet sind.

⁵ **Unternehmen** sind rechtliche Einheiten mit einer eigenen Unternehmens-Identifikationsnummer oder solche in einem Konzern zusammengeschlossene Einheiten mit einem gemeinsam organisierten Abfallentsorgungssystem.

Artikel 3 Grundsätze

¹ Die Verordnung hat zum Ziel, eine effiziente, kostengünstige und ökologische Abfallentsorgung zu gewährleisten. Die Umweltbelastungen sind so gering wie möglich zu halten.

² Die Erzeugung von Abfällen soll soweit möglich vermieden werden, namentlich durch Bevorzugung abfallarmer langlebiger bzw. mehrmals verwendbarer Produkte.

³ Die verwertbaren Anteile der Abfälle sind nach Arten getrennt zu sammeln.

⁴ Kompostierbare biogene Abfälle (z.B. Grüngut) sind wenn möglich durch die Personen, bei denen sie anfallen, selber zu kompostieren.

⁵ Die Gemeinde trägt durch ihr Vorbildverhalten zur Vermeidung, Verwertung und umweltgerechten Behandlung der Abfälle bei. Sie beachtet die Grundsätze der Abfallwirtschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in Verwaltung, Gemeindewerken und Schulen sowie bei der Erstellung und beim Betrieb von Bauten und Anlagen, bei der Beschaffung von Produkten und beim Erbringen von Dienstleistungen.

Artikel 4 Ausführungsbestimmungen

¹ Der Gemeinderat erlässt eine Vollzugsverordnung, in der die Einzelheiten der Organisation und Durchführung der Kehrichtabfahren und Separatsammlungen sowie zu weiteren Dienstleistungen der Gemeinde geregelt werden.

² Der Gemeinderat überprüft die Abfallgebühren regelmässig. Er erlässt ein Gebührenreglement, in dem gestützt auf die Gebührengrundsätze dieser Verordnung die Abfallgebühren und die Modalitäten ihrer Erhebung festgelegt werden.

Artikel 5 Vollzug und Erlass von Verfügungen

¹ Als verantwortliche Stelle für die Abfallwirtschaft der Gemeinde wird die Organisationseinheit Raum, Umwelt und Verkehr bezeichnet. Diese Stelle steht Bevölkerung und Betrieben für Fragen im Zusammenhang mit der Abfallbewirtschaftung zur Verfügung und ist für den Vollzug der vorliegenden Verordnung zuständig, soweit sich nicht aus dieser Verordnung oder auf Grund der Finanzkompetenzen eine andere Zuständigkeit ergibt.

² Für den Erlass von Verfügungen, die sich auf die vorliegende Verordnung samt Ausführungsbestimmungen stützen, ist der Gemeinderat zuständig. Der Gemeinderat kann diese Zuständigkeit in der Vollzugsverordnung für genau bestimmte Arten von Verfügungen (z.B. für Gebührenverfügungen) an ein einzelnes oder mehrere seiner Mitglieder delegieren.

Artikel 6 Information

¹ Die Gemeinde informiert und berät die Bevölkerung sowie Industrie-, Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe über Möglichkeiten und Bedeutung der Vermeidung, Verwertung (Separatsammlungen, Recycling) und Behandlung von Abfällen. Sie koordiniert ihre Informations- und Beratungstätigkeit mit dem Kanton.

² Alle Haushaltungen und Betriebe erhalten jährlich einen Recyclingkalender.

³ Die Gemeinde erhebt Daten über die Abfallwirtschaft, die Auskunft geben über Herkunft, Art und Menge der Abfälle, anfallende Kosten und Gebühren sowie über die zur Verfügung stehenden Verwertungs- und Behandlungswege. Die Daten sind öffentlich zugänglich und werden dem Kanton zur Verfügung gestellt.

B. Organisation und Verhaltenspflichten

Artikel 7 Aufgaben der Gemeinde

¹ Die Gemeinde sorgt dafür, dass:

- Kehrriecht, Sperrgut und biogene Abfälle gesammelt, abgeführt und einer Behandlung zugeführt werden;
- Separatabfälle gesammelt, abgeführt und einer Verwertung oder Behandlung zugeführt werden;
- die kantonalrechtliche Sonderabfallabgabe an den Kanton geleistet wird und die vom Kanton organisierten Sammelaktionen für Sonderabfälle aus Haushalten auf Gemeindegebiet ordnungsgemäss durchgeführt werden können;
- das Ablagerungs- und Verbrennungsverbot gemäss Art. 9 Abs. 12, 13, 14 und 15 dieser Verordnung vollzogen wird.

² Die Gemeinde sorgt für die Erstellung und den Betrieb von Anlagen, die für die Behandlung der Siedlungsabfälle notwendig sind.

³ Die Gemeinde kann die Ausführung ihrer nicht hoheitlichen Aufgaben ganz oder teilweise Privaten übertragen oder sich zur Lösung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Abfallbewirtschaftung mit anderen Gemeinden oder Organisationen zusammenschliessen.

Artikel 8 Sammlungen

¹ Die Gemeinde bietet für Kehrriecht regelmässige Abfahren an.

² Für die folgenden Abfälle bietet die Gemeinde regelmässige Abfahren und/oder Sammlungen an, nämlich für Sperrgut, Papier, Karton, Glas, Metalle, Textilien, biogene Abfälle sowie Altöl aus Haushalten.

³ Die Gemeinde kann Abfahren oder Sammelstellen auch für weitere Abfälle anbieten.

⁴ Die Gemeinde lässt die vom AWEL angebotenen mobilen Sammlungen von Kleinmengen an Sonderabfällen aus Haushalten durchführen und sorgt für die entsprechenden Ankündigungen.

⁵ Abfahren und Separatsammlungen stehen ausschliesslich der Gemeindebevölkerung und den zur Benützung berechtigten und in der Gemeinde ansässigen Betrieben zur Verfügung.

Artikel 9 Pflichten der Personen, die Abfall verursachen oder innehaben

¹ Kehrriecht und Sperrgut müssen der durch die Gemeinde organisierten Abfuhr übergeben werden. Sperrige Gegenstände wie Skis, Klaviere, Möbel, Teppiche usw. können beim Kauf einer vergleichbaren Ware von privaten Endverbraucherinnen und -verbrauchern den Herstellerinnen und Herstellern bzw. den Händlerinnen und Händlern zurückgegeben werden.

² Separatabfälle dürfen nicht mit anderen Abfällen vermischt werden. Sie sind getrennt zu sammeln und den dafür bezeichneten Sammelstellen oder Abfahren zuzuführen, soweit sie nicht über den Handel entsorgt werden können.

- ³ Die Sammelstellen für Separatabfälle dürfen nur zu den angegebenen Zeiten benützt werden und ausschliesslich zur Entsorgung von Separatabfällen in die dafür vorgesehenen Behältnisse.
- ⁴ Bei grösseren Mengen Separatabfällen aus Betrieben (z.B. Glas, Papier, Karton etc.) kann die Gemeinde die Entsorgungspflicht auf die verursachenden oder innehabenden Personen übertragen. Diese können ihrerseits das Recht beanspruchen, die Abfälle in Eigenregie zu entsorgen.
- ⁵ Betriebsabfälle sind keine Siedlungsabfälle und von den Personen, die sie verursachen oder innehaben, auf eigene Kosten einer umweltgerechten Verwertung oder Behandlung gemäss den massgeblichen Erlassen zuzuführen.
- ⁶ Sonderabfälle aus Betrieben sind keine Siedlungsabfälle und von den Personen, die sie verursachen oder innehaben, auf eigene Kosten einer umweltgerechten Verwertung oder Behandlung gemäss den massgeblichen Erlassen zuzuführen. Sonderabfälle aus Haushalten sind einer rücknahmepflichtigen Abgeberin oder einem rücknahmepflichtigen Abgeber (Handel), einer mobilen kantonalen Sammlung, der kantonalen Sonderabfall-Sammelstelle oder einem Betrieb zuzuführen, der über eine Bewilligung zur Entgegennahme entsprechender Sonderabfälle verfügt.
- ⁷ Bauabfälle sind von Personen, die sie verursachen oder innehaben, auf eigene Kosten einer umweltgerechten Verwertung oder Behandlung gemäss den massgeblichen Erlassen zuzuführen.
- ⁸ Ausgediente Fahrzeuge sind einem rücknahmepflichtigen Hersteller oder Händler abzugeben.
- ⁹ Einkaufsläden und Betriebe der Unterwegsverpflegung (Take-away-Betriebe, Imbissstände etc.) haben ihrer Kundschaft genügend Sammelbehältnisse für Kehricht und Separatabfälle zur Verfügung zu stellen. Sie können verpflichtet werden, liegen gelassene Abfälle einzusammeln und zu entsorgen.
- ¹⁰ Mit Personen, die Abfälle innehaben oder verursachen, kann die Gemeinde vertragliche Lösungen im Interesse einer umweltgerechten Entsorgung vereinbaren.
- ¹¹ Bei Veranstaltungen können Verursacherinnen und Verursacher von Abfällen zum Einsammeln dieser Abfälle oder zur Einführung eines Pfandsystems verpflichtet werden.
- ¹² Es ist verboten, Abfälle im Freien auf öffentlichem oder privatem Grund abzulagern oder stehen zu lassen. Insbesondere ist es verboten, Kleinabfälle (z.B. Kaugummi, Bonbonverpackungen, Taschentücher, Sandwichtüten etc.) auf öffentlichem oder privatem Grund wegzuworfen oder liegen zu lassen.
- ¹³ Öffentliche Abfallbehältnisse dienen der Aufnahme von Kleinabfällen, die vor Ort anfallen. Sie dürfen nicht zur Entsorgung von Kehrichtsäcken („Kleinkehricht“) oder sperrigen Gegenständen benützt werden. Zweckbestimmte Baumulden, Sammelstellen und Container dürfen nur für die dafür vorgesehenen Abfälle verwendet werden.
- ¹⁴ Abfälle dürfen nicht in die Kanalisation geleitet werden.
- ¹⁵ Natürliche Wald-, Feld- und Gartenabfälle dürfen ausserhalb von Anlagen nur verbrannt werden, wenn sie so trocken sind, dass nur wenig Rauch entsteht. In den Monaten November bis Februar ist die Verbrennung im Freien verboten. Ausgenommen sind Brauchtums- und Grillfeuer.
- ¹⁶ Es ist verboten, Abfälle im Freien oder in Öfen, Cheminées oder dergleichen zu verbrennen. In privaten Verbrennungsanlagen, insbesondere in Cheminées, Kachelöfen und Stückholzheizungen darf nur stückiges naturbelassenes Holz verbrannt werden.

Artikel 10 Unterflurcontainer

- ¹ Die Gemeinde fördert sowohl bei Altglas- und Altmetallsammelstellen, wie auch beim Hauskehricht die Umstellung von herkömmlichen Containern auf Unterflurcontainer (UFC).

² Auf dem ganzen Gemeindegebiet sind nur Unterflurcontainer mit demselben Andocksystem erlaubt. Ausschliesslich die Gemeinde gibt ebendieses vor.

³ Die Anschaffung, Finanzierung und der ordnungsgemässe Unterhalt von Unterflurcontainern auf privatem Grund ist Sache des jeweiligen Grundeigentümers. Die Anschaffung, Finanzierung und der ordnungsgemässe Unterhalt von Unterflurcontainern auf öffentlichem Grund ist Sache der Gemeinde.

⁴ Alle Unterflurcontainer sind mindestens einmal pro Jahr professionell zu reinigen.

C. Gebühren

Artikel 11 Kostendeckungs- und Verursacherprinzip

¹ Die gesamten Kosten der Abfallbewirtschaftung werden mittels Gebühren den Personen überbunden, die Abfälle verursachen oder innehaben.

² Die anfallenden Kosten für Sammlung und Entsorgung von Abfällen mit nicht eruierbarer Herkunft auf öffentlichem Grund (z.B. von Abfällen aus öffentlichen Abfallbehältnissen, Littering-Abfällen, illegal abgelagerten Siedlungsabfällen) werden über die Abfallrechnung gedeckt.

Artikel 12 Volumen- bzw. gewichtsabhängige Gebühren

¹ Für die Abfallsammlung und -behandlung werden volumenabhängige oder gewichtsabhängige Gebühren erhoben für:

- Kehricht aus Haushalten
- Kehricht aus Betrieben
- Sperrgut aus Haushalten und Betrieben

² Die Gebühren gemäss Abs. 1 decken insbesondere den Aufwand für die Abfuhr und die Kosten für Bau, Betrieb, Unterhalt, Verzinsung und Abschreibung der Behandlungsanlage.

Artikel 13 Grundgebühr

¹ Zusätzlich wird eine jährliche Grundgebühr pro Wohneinheit und pro Unternehmen erhoben. Sie deckt die Kosten, die durch die Gebühren gemäss Art. 11 nicht gedeckt werden, insbesondere die Kosten für die von Art. 12 nicht erfassten Separatsammlungen, für Information, Beratung, Personal, Administration und für die dem Kanton zu entrichtende Abgabe der Gemeinde für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen. Die Grundgebühr ist auch dann zu entrichten, wenn die Dienstleistungen der Gemeinde nicht oder nur teilweise beansprucht werden.

² Die Grundgebühr wird bemessen pro Wohneinheit und pro Unternehmen.

³ Beim Bezug von Neubauten im Laufe eines Jahres wird eine entsprechende Teilgebühr verrechnet. Für Wohnungen und Betriebe, die sechs Monate oder länger leer stehen, wird die Grundgebühr gegen Nachweis erlassen.

⁴ Die Pflicht zur Entrichtung der Grundgebühr liegt bei der Grundeigentümerin oder dem Grundeigentümer.

⁵ Für Betriebe der Unterwegsverpflegung (Take-away-Betriebe, Imbissstände etc.) kann eine erhöhte Grundgebühr erhoben werden; für Betriebe, die ihren Umsatz nur teilweise mit Unterwegsverpflegung erzielen, kann eine erhöhte Grundgebühr anteilmässig erhoben werden. Auf die Erhöhung der Grundgebühr kann verzichtet werden, wenn sich ein solcher Betrieb gegenüber der Gemeinde vertraglich verpflichtet hat, mit speziellen Massnahmen eine konsequente umweltgerechte Abfallentsorgung zu gewährleisten.

⁶ Inaktive Unternehmen sind von der Grundgebühr befreit. Als inaktiv gelten Unternehmen die sich in Auflösung oder Liquidation befinden. Nicht als inaktiv gelten Unternehmen die ihre Geschäftstätigkeit lediglich niedergelegt/eingestellt haben oder negative Umsatzzahlen verzeichnen.

⁷ Domizil- und sogenannte Briefkastenfirmen, Unternehmen mit Firmensitz an einer c/o-Adresse, sowie sämtliche in Privatwohnungen betriebene Unternehmen sind den anderen Unternehmen gleichgestellt.

⁸ Die Grundgebühr für Unternehmen wird an der im Handelsregister eingetragenen Domizil- / Firmenadresse erhoben.

⁹ Von der Grundgebühr befreit sind Vereine, Stiftungen und andere Organisationen, sofern diese über keine eigenen oder gemieteten Räumlichkeiten verfügen. Ebenfalls von der Grundgebühr befreit sind gemäss Art. 3 lit. A VEA Unternehmen mit mehr als 250 Vollzeitstellen.

Artikel 14 Gebührenreglement

¹ Der Gemeinderat überprüft die Gebühren regelmässig und legt sie in der Regel jährlich im Gebührenreglement fest.

² Die für die Gebührenfestlegung und -ausgestaltung massgebenden Grundlagen und Zahlen sind vom Gemeinderat offen zu legen.

Artikel 15 Gebührenerhebung

¹ Für Gebühren, die nicht im Voraus erhoben werden, wird eine Rechnung mit einer 30-tägigen Zahlungsfrist erstellt.

² Wird die Gebührenrechnung nicht fristgerecht bezahlt, wird eine Gebührenverfügung erlassen.

³ Auf Gebühren, die nicht fristgerecht bezahlt werden, wird ab Fristablauf ein Verzugszins von 5 Prozent pro Jahr verrechnet.

D. Kontrolle, Straf- und Schlussbestimmungen

Artikel 16 Kontrolle

⁴ Die Gemeinde ist berechtigt, zu Kontrollzwecken Abfallgebinde zu öffnen. Dies insbesondere dann, wenn Abfälle unsachgemäss oder widerrechtlich abgelagert oder entsorgt werden.

⁵ Die Kosten für die korrekte Entsorgung von unsachgemäss beseitigten oder illegal abgelagerten Abfällen und die damit verbundenen Umtriebe werden der Verursacherin oder dem Verursacher unabhängig von einem allfälligen Strafverfahren in Rechnung gestellt.

Artikel 17 Strafbestimmungen

¹ Bei Widerhandlungen gegen Bestimmungen dieser Verordnung sind die Strafbestimmungen des übergeordneten Rechts, insbesondere § 39 des kantonalen Abfallgesetzes (AbfG), anwendbar.

Artikel 18 Schlussbestimmungen

¹ Diese Verordnung bedarf der Genehmigung durch das AWEL.

² Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Kehrrichtverordnung, spätestens jedoch am 1. Januar 2019.

³ Mit Inkrafttreten dieser Verordnung wird die Abfallverordnung vom 25. Juni 2007 aufgehoben.

E. Genehmigungen

1. Gemeinderat Dietlikon

Dietlikon, **.*.*.****

Edith Zuber
Präsidentin

Martin Keller
Schreiber

2. Gemeindeversammlung Dietlikon

Dietlikon, **.*.*.****

Edith Zuber
Präsidentin

Martin Keller
Schreiber

3. Baudirektion Kanton Zürich
genehmigt mit Verfügung Nr. XXXX

Zürich, **.*.*.****

F. Inkraftsetzung

Die vorstehende Kehrrichtverordnung wurde durch den Gemeinderat mit Beschluss vom **.*.*.**** (GRB xxx) auf den 1. Januar 2019 in Kraft gesetzt.